

Difu-Umfrage

Kommunal Finanzen sind das alles beherrschende Thema der Städte

Aktuelle Difu-Jahreserhebung „OB-**Barometer 2025**“ zeigt gegenüber dem Vorjahr deutliche Trendverschiebung

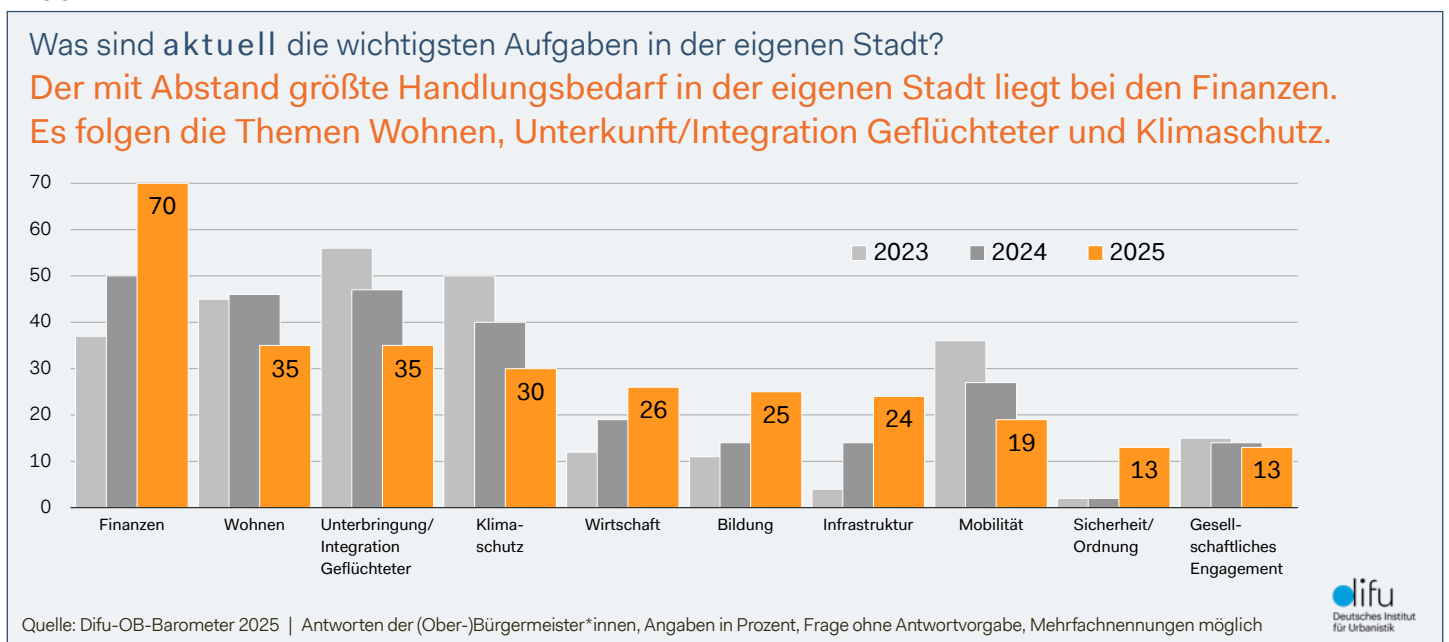
Das Thema „Kommunal Finanzen“ war bereits 2024 das aktuell wichtigste Handlungsfeld der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister (OBs) für die eigene Stadt. 2025 gewinnt es jedoch noch einmal deutlich an Dynamik: Mit 70 % (Vorjahr 50 %) der Nennungen stufen die OBs das Thema doppelt so wichtig ein wie die nachfolgenden Themen Wohnen, Unterbringung/Integration Geflüchteter sowie Klimaschutz. Bis auf die Flüchtlingsthematik 2015 haben die Stadtspitzen seit Beginn der Difu-Befragungsreihe keinem anderen Thema eine solch hohe Relevanz und Dringlichkeit beigemessen (Abb. 1).

Damit bestätigen sich auch die Ergebnisse einer Umfrage des Deutschen Städtetages (DST) bei seinen Mitgliedsstäd-

ten im Januar 2025, in der 95 % der Städte ihre Haushaltslage in den kommenden fünf Jahren als „eher schlecht“ (46 %) oder sogar „sehr schlecht“ (49 %) einschätzten. Ein ausgeglichener Haushalt wird damit in deutschen Städten zum Ausnahmefall (https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2025/250217_Anlage_Grafiken_Blitzumfrage.pdf).

Interessantes Ergebnis der aktuellen OB-Befragung ist auch, dass bei der Bewertung der Dringlichkeit keine Unterschiede zwischen Bundesländern oder Stadtgrößen auszumachen sind. Die Diskussion und Entscheidung über das Sondervermögen auf Bundesebene spielte noch keine Rolle, denn die Befragung der OBs wurde zwischen dem 23. Januar und dem 12. März 2025 durchgeführt.

Abb. 1



Zu diesen Einschätzungen zur Finanzsituation passt, dass auch Fragen des Erhalts und Ausbaus der kommunalen Infrastruktur insgesamt – und besonders bei der Schulentwicklung – als so wichtig wie nie zuvor bewertet werden. Jeweils ein Viertel der Stadtspitzen nennt diese beiden Handlungsfelder als vordringlich, im Vergleich zu 14 % im Vorjahr. Damit bestätigen sich die Ergebnisse aus dem Kommunalpanel 2024, das das Difu im Auftrag der KfW durchführt, in dem für den Bereich Schulen ein Investitionsrückstand von 54,76 Mrd. Euro – und damit ein erheblicher Handlungsdruck – ermittelt wurde.

Rund 40 % der öffentlichen Investitionen sind kommunal. Deshalb ist es notwendig, dass Bund und Länder einen beträchtlichen Anteil der Mittel aus dem im März verabschiedeten Sondervermögen den Kommunen bereitstellen. Parallel dazu müssen von der neuen Bundesregierung die Voraussetzungen geschaffen werden, um die sogenannten nicht-monetären Investitionshemmnisse, wie die Vielzahl gesetzlicher Standards, aufwändige Genehmigungsverfahren oder lange öffentliche Beteiligungsverfahren, zu reduzieren.

Der wachsende Ausgabendruck in den Kommunen verschärft sich durch weiter steigende Sozialausgaben. Nach Angaben des Deutschen Städtetages sind die kommunalen Sozialausgaben in den vergangenen zehn Jahren in fast allen Bereichen um mindestens ein Drittel, teilweise um mehr als 100 % gestiegen. Bei der Kinder- und Jugendhilfe haben sich beispielsweise die Ausgaben in zehn Jahren mehr als verdoppelt – von 32,8 Mrd. Euro auf 67,6 Mrd. Euro bundesweit, u.a. durch den umfangreichen Ausbau der Kinderbetreuung. Auch 2024 sind die kommunalen Sozialkosten um noch einmal 12 % gestiegen, die Leistungen in der Eingliederungshilfe und für Kinder- und Jugend-

hilfe sogar um mehr als 15 %. Auch der Zuzug von geflüchteten Menschen spielt in der Kinder- und Jugendhilfe, aber auch beim Bürgergeld und bei den Sozialhilfeleistungen eine Rolle (Pressekonferenz zur Blitzumfrage des DST, 17.2.2025).

Die Besorgnis bei den Stadtspitzen ist hier im Vergleich zum Vorjahr noch einmal erheblich gestiegen. Bei der Frage nach den größten krisenbedingten Herausforderungen – hier werden den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern verschiedene Themen genannt, zu denen sie sich im Hinblick auf die Bedeutung für die eigene Stadt positionieren sollen – nennen dementsprechend 85 % der Stadtspitzen steigende Sozialausgaben als „sehr große“ oder „große“ Herausforderung. Verschärft wird die Situation durch die Erwartung von Steuerausfällen und rückläufigen Steuereinnahmen. Mehr als zwei Drittel der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister sehen hierin eine „sehr große“ oder „große“ Herausforderung (Abb. 3).

Dass der dramatische Bedeutungsgewinn des Finanzthemas nicht nur eine Momentaufnahme ist, zeigen die Einschätzungen der politischen Spitzen für die nächsten Jahre: Für 68 % bleiben Finanzen das wichtigste Thema auf der kommunalen Agenda. Kein anderes Thema erreichte bei dieser Frage in den letzten zehn Jahren der OB-Befragung einen so hohen Wert (Abb. 2).

Die wichtigsten Themen der vergangenen Jahre, Unterbringung/Integration Geflüchteter und Wohnungsbau/bezahlbares Wohnen sowie die „Klimathemen“, folgen mit deutlichem Abstand auf den weiteren Plätzen. Etwa ein Drittel der OBs nennt diese Themen, die ja auch finanzwirksam sind, als aktuell wichtigste Handlungsfelder in der eigenen Stadt.

Abb. 2

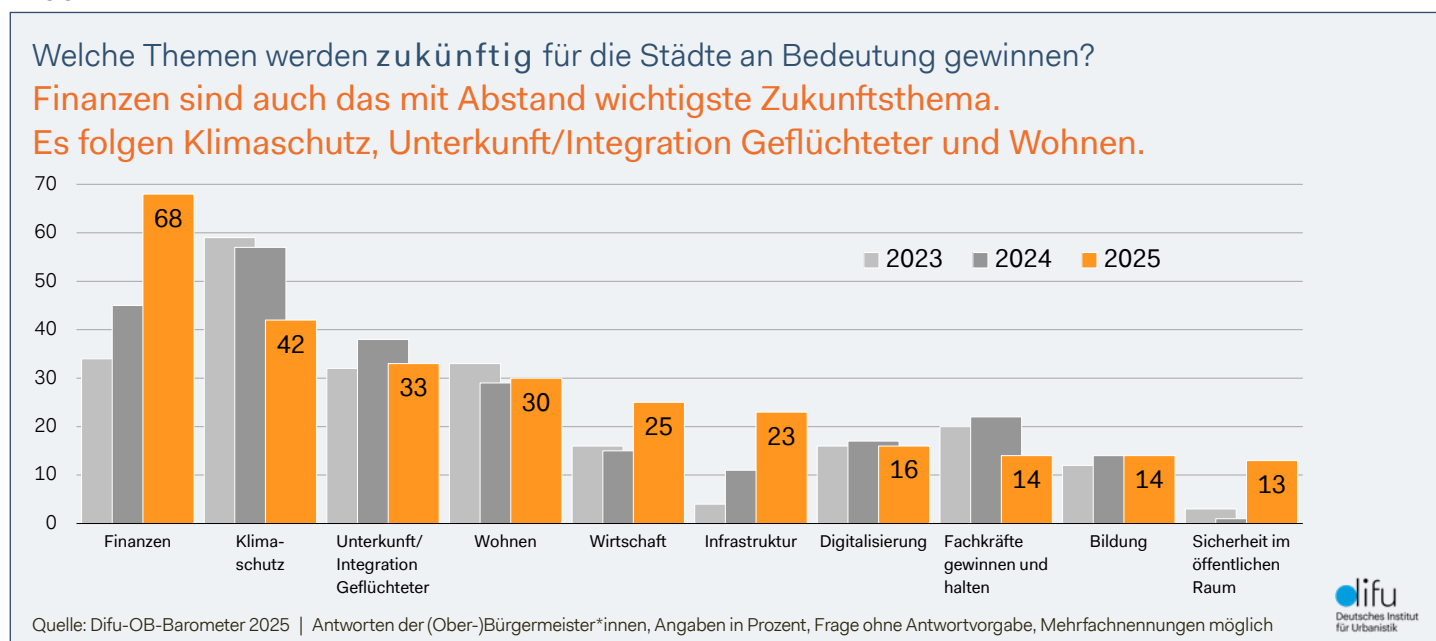
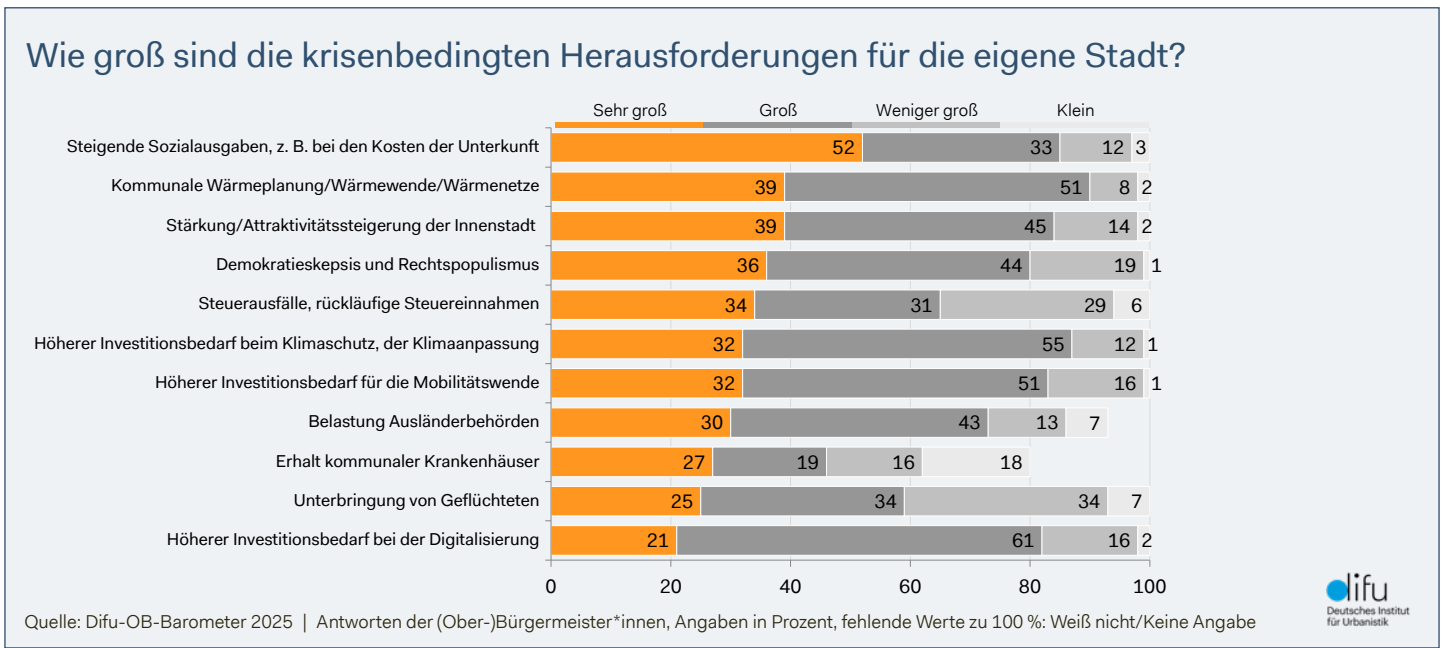


Abb. 3



Wichtiger geworden ist aktuell auch das Thema „Stärkung der Wirtschaft“ (Abb. 1). Hier wirken sich mehr als zwei Jahre stagnierende Wirtschaftsentwicklung aus, die auf der kommunalen Ebene deutlich spürbar wird.

Alle diese Themen werden in der Einschätzung der Stadtspitzen auch in den nächsten fünf Jahren ihre Bedeutung behalten. Die „Klimathemen“ rücken in ihrer zukünftigen Bedeutung auf der politischen Agenda erneut nach oben, auch vor die Themen Flüchtlingsunterbringung und Wohnungsbau. Sie erreichen jedoch bei weitem nicht mehr die Bedeutung, die sie in vergangenen Befragungen gehabt haben (Abb. 2).

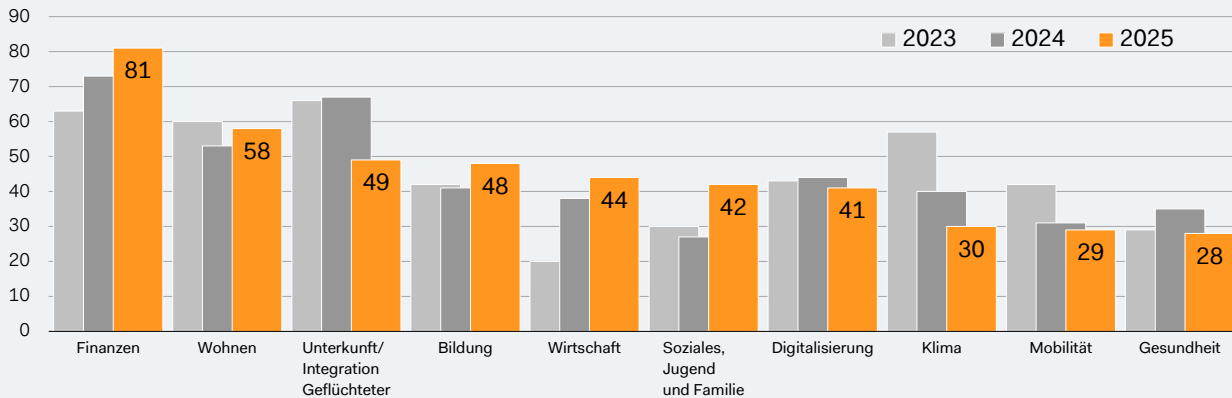
Die Einschätzungen bezüglich der „krisenbedingten Herausforderungen“ (Abb. 3) spiegeln die aktuellen Handlungsfelder in der eigenen Stadt wider. Neben den Herausforderungen durch steigende Sozialausgaben bei gleichzeitig rückläufigen Steuereinnahmen sind es die „Klimathemen“, wie Umsetzung der Wärmewende und Klimaanpassungsmaßnahmen, und der damit verbundene Investitionsbedarf, die ganz oben stehen und von 90 % der OBs als erhebliche krisenbedingte Herausforderung genannt werden. Auch die „Stärkung und Attraktivitätssteigerung der Innenstadt“ beschäftigt weiterhin viele Städte. Diese Transformation ist ein langer Prozess, 84 % der OBs sehen darin weiter eine „sehr große“ oder „große“ Herausforderung. Zum ersten Mal wurde in der diesjährigen OB-Befragung das Thema „Demokratiskepsis und Rechtspopulismus“ als Herausforderung aufgenommen. 80 % der Stadtspitzen sehen in der Auseinandersetzung und im Umgang mit diesem Thema eine „sehr große“ oder „große“ Herausforderung.

Überraschend scheint auf den ersten Blick, dass sich der Handlungsdruck bei der Unterbringung von Geflüchteten im Vergleich zu den Vorjahren etwas abgeschwächt zu haben scheint. Immer noch knapp 60 % der Stadtspitzen sehen hier eine erhebliche Herausforderung, im Vergleich zu den Vorjahren sind die Zahlen jedoch zurückgegangen (2024: 82 %, 2023: 91 %). Dies mag damit zusammenhängen, dass die Zahl der Asylanträge im Jahr 2024 um fast ein Drittel gegenüber 2023 zurückgegangen ist – und damit die Zahl der nach Deutschland Geflüchteten (<https://www.bamf.de>, Meldung 9.1.2025). In der aktuellen Diskussion um Migrationspolitik machen die Kommunen allerdings weiterhin sehr deutlich, dass ihre Finanzmittel nicht annähernd ausreichen werden, um die Herausforderungen der Unterbringung einer großen Zahl von Geflüchteten zu bewältigen, weshalb Unterstützung durch die Bundesebene erforderlich ist.

Auch 2025 ist die Finanzpolitik der Bereich, in dem die Stadtspitzen am dringendsten Unterstützung durch die Länder, den Bund oder die EU einfordern (Abb. 4). 81 % nennen diesen Politikbereich, dies sind noch einmal deutlich mehr als 2024. Alle anderen Politikbereiche folgen auch hier mit einem gewissen Abstand. Wichtig bleiben die Wohnungspolitik, die 58 % der OBs nennen, gegenüber 2024 (53 %) also noch einmal ein Bedeutungsgewinn, und die Flüchtlingspolitik, für die die Hälfte der OBs weiterhin Unterstützung einfordert. An Bedeutung gewinnen 2025 „Sozial-, Jugend- und Familienpolitik“ (von 27 % 2024 auf 42 % 2025), „Bildungspolitik“ (von 41 auf 48 %) und „Wirtschaftspolitik“ (von 38 auf 44 %). Bei allen anderen Themen wird von den Stadtspitzen ein geringerer Unterstützungsbedarf eingefordert als 2024.

Abb. 4

In welchen Bereichen müssen die Rahmenbedingungen für Kommunen verbessert werden?
Vor allem bei Finanzen werden bessere Rahmenbedingungen gewünscht. Wohnungspolitik, Unterkunft/Integration Geflüchteter und Bildung folgen mit deutlichem Abstand.



Quelle: Difu-OB-Barometer 2025 | Antworten der (Ober-)Bürgermeister*innen, Angaben in Prozent, Frage ohne Antwortvorgabe, Mehrfachnennungen möglich

Die Diskussion in den Kommunen wird im Jahr 2025 eindeutig vom Finanzthema bestimmt, im Hinblick auf aktuelle Herausforderungen, aber auch mit Blick in die Zukunft. Wobei die Finanzen immer auch in einem thematischen Kontext stehen: Es geht um Finanzmittel im sozialen Bereich, für Investitionen in die Infrastruktur, besonders Schulen (und damit auch Bildungspolitik), oder Maßnahmen zur Klimaanpassung. Und damit geht es zugleich um wichtige Standortfaktoren, um den Standort Deutschland und konkret die Kommunen attraktiver zu machen, unterstützt auch durch einen Abbau der nicht-monetären Investitionshemmnisse.

Von diesen Herausforderungen sind alle Kommunen betroffen, die Einschätzungen und Bewertungen der Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister zur aktuellen Situation in den Städten unterscheiden sich – wie schon 2024 – kaum zwischen den Bundesländern oder Städten unterschiedlicher Größe.

Informationen zum OB-Barometer

Das OB-Barometer des Deutschen Instituts für Urbanistik (Difu) ist eine jährlich durchgeführte Befragung der (Ober-)Bürgermeister*innen (OBs) der deutschen Städte ab 50.000 Einwohner*innen. Sie wird vom Deutschen Städtetag und vom Deutschen Städte- und Gemeindebund unterstützt und hat zum Ziel, anhand von vier Fragen frühzeitig Veränderungen in diversen kommunalen Handlungsfeldern sichtbar werden zu lassen. Die diesjährigen Ergebnisse basieren auf einer repräsentativen telefonischen Befragung, die vom 23. Januar bis 12. März 2025 vom Meinungsforschungsinstitut infratest dimap im Auftrag des Deutschen Instituts für Urbanistik durchgeführt wurde. 135 der 197 eingeladenen (Ober-)Bürgermeister*innen (darunter neun stellvertretende Personen) beteiligten sich. Dies entspricht einer Teilnahmequote von 68,5 %.

Ansprechpartner OB-Barometer:

Prof. Dr. Carsten Kühl, +49 30 39001-214, kuehl@difu.de | Dr. Beate Hollbach-Grömig, +49 30 39001-293, hollbach-groemig@difu.de
Deutsches Institut für Urbanistik (Difu), Zimmerstraße 13–15, 10969 Berlin, <https://difu.de/>

Deutsches Institut für Urbanistik (Difu)

Das Deutsche Institut für Urbanistik (Difu) ist das größte Stadtforschungsinstitut im deutschsprachigen Raum. Ob Stadt- und Regionalentwicklung, kommunale Wirtschaft, Kommunalfinanzen, Städtebau, soziale Themen, Umwelt, Verkehr, Kultur, Recht oder Verwaltungsthemen: Das 1973 gegründete, unabhängige, in Berlin und Köln ansässige Institut beschäftigt sich praxisorientiert mit allen Aufgaben, die Kommunen heute und in Zukunft zu bewältigen haben